

80%. Bezieht man letztere Zahl auf die der 1982 eingeschulten Grundschüler (26.717.000), kommt man zu dem Ergebnis, daß nur knapp über 40% der 1982 eingeschulten Grundschüler eine insgesamt 9jährige Schulausbildung erhalten haben. (Ebenda, S. 704, 717)

- Von den 10.855.000 Absolventen der unteren Mittelschule im Jahre 1991 setzten nur 4.629.000 ihre Schulausbildung an einer oberen Mittelschule fort, d.h. nur etwas über 40%. Bezieht man letztere Zahl wiederum auf die der 1982 eingeschulten Grundschüler (26.717.000), kommt man zu dem Ergebnis, daß nur 17% der 1982 eingeschulten Grundschüler im Jahre 1991 eine höhere Schulausbildung (d.h. ab obere Sekundarstufe) begannen. (Ebenda)
- Den Ergebnissen der 4. Nationalen Volkszählung zufolge setzte sich im Jahre 1990 die Bevölkerung der Volksrepublik China vom Bildungsstand her gesehen wie folgt zusammen (die Prozentzahlen beziehen sich auf die 994.089.000 Personen, die 1990 sechs Jahre und älter waren):
 - 20,6% Analphabeten und Halb-analphabeten (204.854.000)
 - 42,3% Grundschulabschluß (420.205.000)
 - 26,5% Abschluß der unteren Mittelschule (263.385.000)
 - 7,3% Abschluß der oberen Mittelschule (72.604.000)
 - 1,7% Fachschulabschluß (17.284.000)
 - 1,0% Fachhochschulabschluß (9.619.000)
 - 0,6% Universitätsabschluß (6.138.000)
 (Ebenda, S. 80, 91)

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß die o.g. Zahlen auf offiziellen Angaben beruhen, die möglicherweise ein besseres Bild vermitteln, als dies in der Realität anzutreffen ist. -sch-

Kultur

*(29)

Kulturpolitik unverändert

Anläßlich eines offiziellen Empfangs zum traditionellen chinesischen Neujahrsfest für namhafte Vertreter aus

Literatur und Kunst hielt Ding Guan'gen, Politbüromitglied und seit Dezember 1992 Direktor der ZK-Propagandaabteilung, vor den Gästen eine Rede (abgedruckt in RMRB u. GMRB, 19.1.93), die als kulturpolitische Richtlinie für das neue Jahr anzusehen ist. Ding Guan'gen, aufgrund seines neuen Amtes zuständig für die politische und ideologische Arbeit der Partei, stellte die Situation im Kulturlieben sehr positiv dar. Er bezeichnete das Jahr 1992 als ein wichtiges Jahr, in dem Dengs Reden anläßlich seiner Reise in den Süden sowie der XIV. Parteitag sich positiv auf die Entfaltung von Literatur und Kunst ausgewirkt hätten. Diese seien in bezug auf Themen, Handlungen, Formen und Stil reicher und vielfältiger geworden, und auch der Kulturmarkt sei belebt worden. Zugleich aber rief er die Literaten und Künstler auf, sich an die parteipolitische Linie zu halten. Dabei bediente er sich der seit Jahren geltenden politischen Slogans, etwa daß sie an der zentralen Aufgabe (d.h. der wirtschaftlichen Entwicklung) und an den beiden grundlegenden Punkten (nämlich der Reform und Öffnung sowie den Vier Grundprinzipien) festhalten sollten, desgleichen an der Richtung "dem Volke und dem Sozialismus dienen" und "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten". Die Literaten und Künstler sollten tief in die Wirklichkeit, in die Massen und ins Leben eindringen, den Zeitgeist erfassen, die hervorragende Kultur des chinesischen Volkes verbreiten und die hervorragenden zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit aufnehmen und mutig Neues schaffen. Sie sollten die vielseitigen geistigen Bedürfnisse der Massen befriedigen und noch mehr geistige Produkte schaffen, die die Massen erfreuen und die sozialistische Literatur und Kunst zur Blüte bringen. Er hoffe, so schloß Ding, daß die Literaten und Künstler sich bemühten, ihr ideologisch-politisches und künstlerisches Niveau anzuheben, Solidarität zu üben und zusammenzuarbeiten.

Im Klartext bedeutet dies, daß Literaten und Künstler sich der Führung durch die Partei zu unterwerfen, dem Sozialismus zu dienen und sich in ihren Werken dem zur zentralen Aufgabe erklärten Wirtschaftsaufbau zu widmen haben. Wie bereits nach dem XIV. Parteitag zu erkennen war, hat sich an der konservativen kulturpolitischen Linie nichts Grundlegendes geändert. Dies zeigt sich u.a. darin, daß

mit Jahresbeginn der sog. "Kampf gegen Pornographie" (*sao huang*) wieder aufgenommen und intensiviert wurde (vgl. RMRB, GMRB, 20.1.93). Die Vermutung, daß es bei diesem Kampf nicht nur um obszönes Material geht, sondern der Partei auch sonst unliebsames Material aus dem Verkehr gezogen werden soll, wird indirekt durch eine Reihe von Zahlen bestätigt. So sollen gemäß unvollständigen Statistiken im Jahre 1992 über 10 Mio. Exemplare "ungesetzlicher Publikationen" konfisziert worden sein, "darunter 160.000 Exemplare obszöner Publikationen und 100.000 Exemplare von Büchern mit reaktionärem Inhalt" (hierunter sind im wesentlichen Bücher zu verstehen, die Aberglauben u.ä. propagieren). Man fragt sich, welcher Art die restlichen 9,74 Mio. Bücher waren. Auch bei den gut 2 Mio. konfiszierten Videokassetten muß man rätseln, denn nur 120.000 sollen pornographisch gewesen sein (Xinhua, 19.1.93, nach SWB, 30.1.93). Abgesehen davon, daß der Begriff "Pornographie" im heutigen China sehr breit gefaßt wird und vieles in unseren Augen Harmlose darunterfällt, muß man davon ausgehen, daß die Partei die sog. *sao huang*-Kampagnen auch als Vorwand benutzt, um ihr unliebsame Werke, seien sie nun künstlerischer oder weniger künstlerischer Natur, aus dem Verkehr zu ziehen. Damit schafft sie ein Klima, das künstlerischem Schaffen nicht gerade förderlich ist. -st-

*(30)

Aufgaben im Erziehungswesen für 1993

Während einer Telefonkonferenz, die die Staatliche Erziehungskommission am 11. Januar 1993 mit den Leitern der Erziehungsbehörden auf Provinzebene abhielt, wurden für dieses Jahr folgende Aufgaben als vorrangig herausgestellt:

Grundbildung: Diese soll so weit vorangetrieben werden, daß bis Ende des Jahrhunderts die neunjährige Pflichterziehung im wesentlichen verwirklicht ist. Die Forcierung der Grundbildung sei erforderlich, um die Qualität des Volkes anzuheben. In diesem Jahr sollen alle örtlichen Stellen das Schulpflichtgesetz der VR China nach Kräften propagieren und für seine Durchführung sorgen. Sie sollen Kinderarbeit unterbinden und verhindern, daß Grund- und Mittelschüler die Schule vorzeitig abbrechen. Ausgehend von

der örtlichen Lage, sollen sie die Einführung der neunjährigen Schulpflicht aktiv betreiben. Je nach Ort kann mit unterschiedlichem Tempo vorgegangen werden, aber alle Orte müssen genaue Pläne für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht vorlegen oder begründen, warum sie es nicht schaffen. Sie müssen nicht nur klare Entwicklungsziele aufzeigen, sondern auch den zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Bedarf an Schulgebäuden, Finanzmitteln und Lehrern vorausberechnen und konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Pläne unternehmen. Die Provinzebene muß die Führung und die Aufsicht übernehmen und für Kreise (oder Städte), die Probleme wie den Lehrermangel nicht allein lösen können, die Gesamtplanung vornehmen. Das drängendste Problem ist gegenwärtig, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die in einigen Gebieten aufgetretenen Rückstände an Lehrergehältern zu zahlen.

Beruflich-technische Bildung: Diese soll auf der Grundlage des (Ende 1991 erlassenen) Beschlusses über die verstärkte Entwicklung der beruflich-technischen Bildung reformiert und entwickelt werden. Dabei sollen die örtlichen Stellen den neuen Weg gehen, "Produktion und Schule zu verbinden" (*chan xue jiehe*). Über Darlehen sollen die Schulen Produktionseinrichtungen schaffen und so schrittweise die derzeit herrschende Abhängigkeit der beruflich-technischen Bildung von der Regierung überwinden, d.h. es soll eine Lage herbeigeführt werden, in der "die Schulen Betriebe einrichten" (*xiao ban chanye*) und nicht "die Regierung Schulen betreibt" (*zhengfu ban xue*). Alle Abteilungen, Branchen, Unternehmen und Institutionen sollen Schulen betreiben; sie sollen unterstützt und veranlaßt werden, entweder selbst oder gemeinsam beruflich-technische Schulen einzurichten. Vor allem soll die Fachmittelschulbildung beschleunigt verbessert werden. (Vgl. hierzu auch RMRB, 10.1.93.)

Erwachsenenbildung: Hier liegt der Schwerpunkt in diesem Jahr immer noch auf dem Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Betriebe müssen dieser bei der Umgestaltung des betrieblichen Managements und der Reform des Personalsystems vorrangige Bedeutung beimessen. Es müssen allgemeinbildende und technische Schulen für die ländliche Bevölkerung eingerichtet werden, und es muß die Aus-

bildung in praktischen Fertigkeiten auf dem Lande ausgedehnt werden. Die Makroführung über die Bildungsgänge an Erwachsenenhochschulen muß verstärkt werden, wobei die Qualität der Erwachsenenhochschulbildung sicherzustellen ist, damit diese mit der regulären Hochschulbildung in Übereinstimmung gebracht werden kann. (Vgl. hierzu auch RMRB, 27.1.93.) Bis zum Ende dieses Jahrhunderts kommt der "Ausrottung des Analphabetentums bei der Jugend" absolute Priorität zu. Alle örtlichen Stellen müssen die Führung über diese Arbeit verstärken, die Verantwortung für die Ausrottung des Analphabetentums bis zur Gemeinde- und Dorfebene durchsetzen, ein Verantwortlichkeitssystem mit Zielvorgaben aufbauen und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Reguläre Hochschulbildung: Die Hochschularbeit soll im Sinne der im letzten Jahr einberufenen Hochschulkonferenz weitergeführt werden. Die überall durchzusetzende Richtung lautet: In bezug auf das Ausmaß (d.h. die Anzahl der Hochschulen) ist die Lage relativ gut; in bezug auf die Qualität muß eine weitere Stufe genommen werden; die Struktur (d.h. die Ausrichtung der Hochschulen) muß vernünftiger werden, und die Effektivität muß deutlich gesteigert werden. Der Hochschulbetrieb soll weiter reformiert werden, und die Beziehungen zwischen Regierung und Gesellschaft auf der einen und Hochschule auf der anderen Seite sollen vernünftig gestaltet werden, d.h. die Regierung soll die umfassende Planung und Makrokontrolle übernehmen, während sich die Hochschulen auf die Gesellschaft ausrichten und sich selbst verwalten. Nachdem in den letzten Jahren an einigen Orten mit der Verwaltungsreform innerhalb der Hochschulen erfolgreich experimentiert worden ist, soll diese Reform gefestigt, verbessert und ausgedehnt werden.

In diesem Jahr sollen die Ministerien und Kommissionen sich versuchsweise darauf verlegen, gemeinsam oder unter Mitwirkung von Unternehmensgruppen Hochschulen zu betreiben. Die Reform der Aufnahme von Studenten und der Einstellung der Hochschulabsolventen soll je nach den örtlichen Verhältnissen unterschiedlich vorangerieben werden. Aber die Führung muß unbedingt erhalten bleiben, man darf den Dingen keinesfalls freien Lauf lassen. Weiter sollen die wissenschaft-

liche Forschung an den Hochschulen verstärkt, das Management für Wissenschaft und Technik an den Hochschulen reformiert, wissenschaftlich-technische Unternehmen gegründet und Projekte mit Darlehen der Weltbank für den Aufbau von Schwerpunktfächern durchgeführt werden. Außerdem sollen eine Reihe großer Projekte auf dem Gebiet der Hoch- und neuen Technologien, die sich produktiv umsetzen lassen, in Gang gebracht werden.

Die Schwerpunkte für die diesjährige Arbeit in den genannten vier Bildungssektoren stützen sich auf die "Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (*Zhongguo jiaoyu gaige he fazhan gangyao*) (GMRB, 12.1.93). Die "Grundzüge" werden seit vier Jahren diskutiert und sind im Anschluß an Deng Xiaopings Reise in den Süden im Frühjahr 1992, die einen erneuten Reformschub einleitete, verbessert und Ende letzten Jahres vom Politbüro gebilligt worden. Entsprechend diesen Verbesserungen sind die "Grundzüge" jetzt zur Leitlinie für die Bildungsarbeit der neunziger Jahre erhoben worden (vgl. die Rede des Erziehungsministers Li Tieying ebd.).

Insgesamt ist deutlich zu spüren, daß das Erziehungswesen aufgrund des Reformschubes vom letzten Jahr stärker in den Vordergrund gerückt ist. Zu Recht ist die Einführung der neunjährigen Schulpflicht bis zum Ende des Jahrhunderts zur wichtigsten Aufgabe erhoben worden. Seit Inkrafttreten der Durchführungbestimmungen zum Schulpflichtgesetz am 1. April 1992 sind schärfere Kontrollen in Aussicht gestellt, damit die örtlichen Stellen auch tatsächlich ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachkommen. Festgelegt worden war auch, daß genaue Zeitpläne für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht bis zum Ende des Jahrhunderts aufgestellt werden müssen (vgl. C.a., 1992/4, Ü 16). Wer die Zielvorgabe bis zum Jahr 2000 nicht schafft, muß nun begründen, warum.

Bezüglich der beruflich-technischen Bildung fällt auf, daß China nun offensichtlich seinen eigenen Weg geht und beispielsweise das in Deutschland praktizierte duale Berufsbildungssystem, mit dem in China an einigen Orten experimentiert wird, nicht generell eingeführt werden soll. Während in Deutschland Schule und Lehrstelle

gemeinsam für die Berufsausbildung zuständig sind, ist es in China in der Regel nur entweder eine Schule oder ein Betrieb. Die berufsbildenden Schulen sollen entsprechend den Richtlinien Betriebe oder Produktionsabteilungen gründen, um sich auf diese Weise selbst zu finanzieren. Die Gefahr ist nicht zu leugnen, daß die Schulen in erster Linie ans Produzieren und Geldverdienen und weniger an die Vermittlung einer qualifizierten Berufsausbildung denken.

Die Erwachsenenbildung soll in erster Linie auf die Wirtschaft ausgerichtet werden. Vor allem sollen die Beschäftigten sich durch Weiterbildung qualifizieren können. Daneben soll der Ausrottung des Analphabetentums unter Jugendlichen Beachtung geschenkt werden.

Die Hochschulbildung schließlich soll qualitativ verbessert werden. Die Hochschulreform soll vorangetrieben werden; die Hochschulen erhalten mehr Kompetenzen, aber in bezug auf die Aufnahme von Studenten und die Arbeitsplatzzuweisung der Absolventen wird die Notwendigkeit staatlicher Kontrolle betont. Die Hinwendung zum Markt, d.h. die Gründung von oder Zusammenarbeit mit Betrieben, wird für die Hochschulen praktisch zwingend, um sich - zumindest teilweise - selbst zu finanzieren. Es ist nicht auszuschließen, daß die Lehre darunter leidet. -st-

*(31)

Ausrichtung der Hochschulen auf Marktwirtschaft

Zur Zeit beginnen viele Universitäten und Hochschulen damit, ihr Studienangebot auf die Bedürfnisse der Marktwirtschaft auszurichten. Ein prominentes Beispiel ist die Volks-Universität (Renda) in Beijing, bislang eine der angesehensten Kaderschmieden des Landes, denn sie bildete ihre Studenten hauptsächlich in marxistischer Theorie und Wirtschaftsverwaltung aus, d.h. sie war vor allem ideologisch ausgerichtet. Dies soll sich nun ändern, indem das Fächerangebot an die marktwirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden soll. Wie es heißt, sollen von den ursprünglich gelehrt 51 Studienfächern 17 Fächer in diesem Jahr eingestellt werden. Zugleich sollen in diesem Jahr in 14 neuen Fächern Studenten aufgenommen werden (RMRB, 29.1.93).

In der Vergangenheit, so heißt es weiter, habe die Gesellschaft die Volks-Universität immer mit dem planwirtschaftlichen System in Verbindung gebracht. Der Fächerkanon der Renda sei in den fünfziger Jahren entsprechend den Bedürfnissen der Planwirtschaft aufgestellt worden. Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik hätten sich die Studiengänge und Lehrinhalte zwar schon stark gewandelt, und die planwirtschaftliche Theorie sei nicht mehr einziger Inhalt gewesen, aber es müßten noch weitere Schritte der Anpassung und Reform unternommen werden. Dazu gehörten die Reform der Lehre, der verstärkte Aufbau der Fakultäten, die Erneuerung der Lehrinhalte und die Angleichung des Lehrkörpers. Ziel der Reform sei es, ein Forschungs- und Ausbildungssystem zu errichten, das der sozialistischen Marktwirtschaft entspricht, noch umfassender zivilisatorische Errungenschaften des Auslands übernimmt und neue Beiträge zur Wissenschaft und Kultur Chinas leistet.

Im einzelnen soll die Anpassung folgendermaßen aussehen (ebd.): Die 51 Fächer der Universität lassen sich in drei Kategorien einteilen: marxistische Theorie, Wirtschaft und Verwaltung sowie andere Human- und Sozialwissenschaften. Marxistische Theorie war bislang die Spezialität dieser Universität. Da die Entwicklung eines Sozialismus chinesischer Prägung sehr schnell voranschreitet und dabei sehr viele Probleme auftauchen, muß die Volks-Universität weiter verantwortlich dafür sein, auf theoretischem Gebiet eine Führungsrolle zu spielen. Der Schwerpunkt beim Aufbau der entsprechenden Fächer liegt auf der Orientierung an der Wirklichkeit, der Stärkung der theoretischen Forschung, der Anpassung der Ausbildung von Studenten im Grundstudium an die gesellschaftlichen Bedürfnisse und einer verstärkten Ausbildung von Forschungsstudenten. Durch die Anpassung der theoretischen Studienfächer sollen diese vor allem für die marxistische Theorie neue Gebiete erschließen.

Bei den Fächern der Kategorie Wirtschaft und Verwaltung sind die Veränderungen sehr groß; die Einrichtung neuer Fächer konzentriert sich auf diesen Bereich. Einige Fächer sollen aufgelöst, andere stark reformiert werden. Der Fachbereich Planwirtschaft wurde bereits in einen Fachbereich Volks-

wirtschaft und Verwaltung umgewandelt. Dessen Hauptlehrgang "Planwirtschaftslehre" wurde ersetzt durch "Strategie und Planung der Wirtschaftsentwicklung". Nach der Angleichung der Fächer gibt es zwei Schwerpunkte: zum einen die Verbindung von Wirtschaft und Verwaltung, zum anderen den Ausbau des Kontakts mit der internationalen Wirtschaft.

Bei den sonstigen Human- und Sozialwissenschaften finden entsprechende Veränderungen statt. Im Grundstudium sollen die Pflichtfächer verringert und vermehrt ein System von Haupt- und Nebenfächern eingeführt werden, damit die Studenten jeweils ihre besondere Wissensstruktur ausbilden und ihre an der Gesellschaft ausgerichteten Fähigkeiten gestärkt werden können.

Mit der Anpassung ihrer Studiengänge an die veränderten Bedingungen der Reformperiode geht die Volks-Universität einen notwendigen Schritt, ohne den sie offensichtlich in Isolierung und Realitätsferne geraten wäre. Der Wandel von der orthodoxen Kaderschmiede zu einer modernen Ausbildungsstätte für aufgeschlossene und flexible Wirtschafts- und Verwaltungsfachleute dürfte allerdings nicht von heute auf morgen zu vollziehen sein. Zudem will die Universität ihren Schwerpunkt nach wie vor auf ideologisch-theoretische Aspekte legen. Doch ist es bemerkenswert, in welchem Maße sich ein solches Relikt aus der Zeit der Planwirtschaft, wie es die Renda war, heute den neuen Verhältnissen anpaßt. Von anderen Universitäten und Hochschulen wird ähnliches berichtet. So haben in der Provinz Sichuan 60 tertiäre Bildungseinrichtungen ihre Lehrpläne auf die Bedürfnisse der Marktwirtschaft umgestellt. Allein die Universität Sichuan hat 100 neue Spezialfächer eingeführt und bietet 1000 neue Kurse an, damit die Studenten nach ihrem Abschluß auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen haben (XNA, 16.1.93). -st-

*(32)

Zahlen zu Auslandsstudenten

Nach Angaben der Staatlichen Erziehungskommission hat die VR China vom Beginn der Reformpolitik bis Ende 1992 rund 190.000 Personen zum Studium ins Ausland geschickt, und zwar in etwa 100 Länder. Bis jetzt sollen 60.000 von ihnen nach China zu-

rückgekehrt sein (RMRB, 16.1.92), also nur ein knappes Drittel. Nachdem die Zahl der Auslandsstudenten im Sommer 1989 stark eingeschränkt worden war, ist sie im Jahre 1992 wieder angestiegen. Von den gegenwärtig noch im Ausland studierenden 120.000 Studenten befinden sich 70.000 in den USA, 20.000 in Japan, 20.000 in Westeuropa, 10.000 in Kanada, 2.000 in Australien und 1.000 in Rußland. (XNA, 17.1.93, nach SWB, 20.1.93) -st-

*(33)

Problem der Schul- und Studiengebühren

Illegale und übermäßige Schulgebühren für die verschiedensten Zwecke sowie neuerdings eingeführte Studiengebühren für Hochschulstudenten werden in China immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem. Auf einer Arbeitskonferenz zum Erziehungswesen gab der stellvertretende Erziehungsminister Zhu Kaixuan zu, daß im Jahre 1992 viele Gebiete und Schulen die Schulgebühren oder das Schulgeld erhöht hätten. Zur Verbesserung der Schulbedingungen sei dies nützlich gewesen, aber es seien auch viele Unregelmäßigkeiten aufgetreten. Manche Schulen hätten die finanzielle Belastbarkeit der Gesellschaft überschätzt und übermäßig oder widerrechtlich Gebühren erhoben. Der Vizeminister wies darauf hin, daß die Studiengebühren 1993 auf dem Stand vom letzten Jahr bleiben sollen. Falls dies nicht der Fall ist, solle man dies den Behörden melden. Zugleich sollen das Stipendien- und Darlehenswesen verbessert und Arbeits-Studien-Programme eingeführt werden, wobei aber das Studium nicht durch wirtschaftliche Schwierigkeiten beeinträchtigt werden dürfe. Was die Gebühren an Grund- und Mittelschulen betrifft, so müsse zwischen Pflicht- und freiwilliger Erziehung unterschieden werden. Ihre Norm müsse von den örtlichen Regierungen festgelegt und dürfe nicht eigenmächtig verfügt werden. (RMRB, 21.1.93)

Der Besuch der Pflichtschule ist grundsätzlich frei, hier dürfen nur im vorgegebenen Rahmen Gebühren für bestimmte Zwecke kassiert werden. Die Hochschulbildung gehört nicht zur Pflichterziehung, ist also freiwillig, und deshalb sind für sie Studiengebühren zu entrichten. Für bestimmte Studiengänge, an denen der Staat aufgrund

von Nachwuchsmangel oder besonderer Bedeutung Interesse hat, werden Stipendien vergeben. Durch diese neue Regelung (vgl. C.a., 1992/11, Ü 13) sind viele Menschen verunsichert. So veröffentlichte die *Guangming-Zeitung* am 14.1.1993 auf ihrer ersten Seite die Anfrage eines Lesers. Er habe gehört, so klagt der Leser, daß die Universitäten jetzt begännen, hohe Studiengebühren zu erheben, und er frage sich, ob er es sich überhaupt leisten könne, daß sein Kind die Universität besuche. Anfragen wie diese hatten sich bei der Zeitung gehäuft, und so erkundigte sich die Zeitung bei der Staatlichen Erziehungskommission und brachte folgendes in Erfahrung (ebd.):

Die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen begann bereits 1989. Damals arbeiteten die Erziehungskommission und andere Behörden "Bestimmungen über die Erhebung von Studiengebühren und Gebühren für Unterkunft durch die regulären Hochschulen" aus. In diesem Dokument heißt es, die Hochschulen in ganz China könnten damit beginnen, von den Studenten Studiengebühren zu kassieren. Es sollte mit der Tradition des kostenfreien Hochschulbesuchs gebrochen werden, zumal die Hochschulbildung nicht zur Pflichterziehung zählt. Durch die Gebühren sollten die Bedingungen der Hochschulen verbessert und die Studenten dazu gebracht werden, sich beim Studium mehr anzustrengen.

Da die wirtschaftliche Entwicklung nicht überall gleichmäßig verläuft, konnten die vom Staat einheitlich festgelegten Studiengebühren nicht überall erhoben werden. Im Juni 1992 autorisierte die Regierung daher die für die jeweilige Hochschule zuständigen Behörden, die Höhe der Studiengebühren festzulegen. Es wurde zugleich verfügt, daß jede reguläre Hochschule entsprechend den Besonderheiten des jeweiligen Ortes, der Schule und des Faches die Höhe der Studiengebühren sowie der Gebühren für Unterkunft, Auftrags-, Fern- und Abendstudium sowie für Fortbildungskurse kalkuliert und den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorlegt.

Nach Einführung dieser Reformmaßnahmen wurden die Gebühren auf diese Weise festgelegt. Nach Stichprobenrechnungen über die Höhe der Studiengebühren liegt das höchste Studiengeld bei 800 Yuan pro Jahr und

Student. Fast 70 Prozent aller Hochschulen verlangen zwischen 300 und 500 Yuan. Nur etwa 10 Prozent aller Schulen fordern über 500 Yuan. An 204 befragten Hochschulen (insgesamt gibt es 1075 reguläre Hochschulen) beträgt das Studiengeld durchschnittlich 340 Yuan pro Student und Jahr. An den 36 der Staatlichen Erziehungskommission direkt unterstellten Universitäten und Hochschulen beträgt die höchste Studiengebühr 500 Yuan, die niedrigste 270 Yuan. Bei 22 Hochschulen dieser Kategorie werden unter 300 Yuan (etwa 61 Prozent), bei zehn zwischen 300 und 400 Yuan (etwa 28 Prozent) erhoben. An einigen Orten gibt es auch Sonderregelungen, z.B. brauchen Kinder sog. revolutionärer Helden kein Studiengeld zu zahlen oder kann Kindern aus Familien mit finanziellen Schwierigkeiten ein Teil der Studiengebühren erlassen werden.

Die Einführung von Studiengebühren, so heißt es weiter, wird von den Hochschulen allgemein begrüßt, und auch die Bevölkerung habe Verständnis dafür. Allerdings gibt es an einigen Orten und Hochschulen auch Probleme; z.B. erheben manche Hochschulen zu hohe Studiengebühren, oder sie erhöhen das Studiengeld von 300 auf 400 Yuan pro Jahr. Oder es werden entgegen der offiziellen Politik für Studienfächer, für die der Staat Stipendien gewährt, etwa für Pädagogik, Geologie, Agronomie oder Bergbau, plötzlich Studiengebühren erhoben. Oder es werden die Studiengebühren gleich für vier Jahre auf einmal kassiert. Der Staat nimmt alle diese Probleme sehr ernst und wird sie im einzelnen prüfen.

Grundsätzlich kann der Staat die Hochschulen nicht mehr allein finanzieren. Dies bedeutet jedoch nicht, daß er die Kosten einfach auf die Bevölkerung abwälzt; vielmehr bleibt der Staat der hauptsächliche Geldgeber, doch müssen der einzelne und die Schulen einen Teil der Kosten tragen. Der Staat wird künftig noch mehr im tertiären Bildungssektor investieren müssen, keinesfalls weniger, denn die Studiengebühren decken nur einen kleinen Teil der Kosten, die der Staat jährlich pro Student aufbringen muß.

So weit die Erläuterungen von seiten der Staatlichen Erziehungskommission. Sie machen deutlich, daß die Erhebung von Studiengebühren eine beschlossene Sache ist, an die sich die Öffentlichkeit zu gewöhnen hat. Aller-

dings stellen sie auch klar, daß es genügend Möglichkeiten gibt, auch ohne Zahlung von Studiengebühren zu studieren, sei es, daß man ein durch staatliche Stipendien gefördertes Fach studiert, sein Studium durch Dritte, wie z.B. einen Betrieb, finanzieren läßt oder die Studiengebühren aufgrund von Bedürftigkeit oder aus anderen Gründen erlassen oder vermindert werden. Was die Zahl derjenigen betrifft, die für ihr Studium selbst zahlen müssen, so kann eine Meldung aus der bevölkerungsreichsten Provinz Chinas, der Provinz Sichuan, Aufschluß geben. Von dort wird gemeldet, daß 40-50 Prozent aller Universitäts- und Hochschulstudenten der Provinz von diesem Jahr an für ihr Studium selbst aufkommen müssen (XNA, 16.1.93). -st-

*(34)

Rückstände bei Lehrergehältern

Seit die *Guangming-Zeitung* im Dezember 1992 publik machte, daß im Kreis Yilong in der Provinz Sichuan über 7.000 Lehrer monatelang keine Gehälter ausgezahlt bekommen hatten (vgl. C.a., 1992/12, Ü 20), wird dieses Thema in Chinas Medien heiß diskutiert. Wie sich nun herausstellt, war Yilong kein Einzelfall; vielmehr sind die Erziehungsämter vielerorts mit dem Zahlen der Lehrergehälter im Rückstand. Betroffen sind Kreise in fast allen Provinzen, nicht nur in den Grenzgebieten oder unterentwickelten Gegenden, sondern auch in gut entwickelten Provinzen wie Liaoning oder Jiangsu (vgl. GMRB, 15.1.93). Hier liegt das Versäumnis offensichtlich nicht an finanziellem Notstand, sondern daran, daß die für das Bildungswesen vorgesehenen Gelder in andere Projekte oder Kanäle flossen. Die Staatliche Erziehungskommission ist nach wie vor der Meinung, daß die Schwierigkeiten hauptsächlich in den Grenzgebieten und in armen Kreisen auftauchen, gibt aber zu, daß sich die ungezahlten Lehrergehälter besonders im vergangenen Jahr zu einem akuten Problem ausgeweitet haben. Unvollständigen Statistiken von sieben Provinzen zufolge sollen sich die Rückstände der vergangenen Jahre auf eine Summe von 340 Millionen Yuan angehäuft haben (vgl. Interview mit einem Vertreter der Erziehungskommission in GMRB, 11.1.93).

Folgende drei Gründe werden für den Mißstand angegeben (ebd.):

1. Dem Erziehungswesen wird nicht genügend Bedeutung beigemessen, mit anderen Worten: Die Gelder werden in wirtschaftlich lukrative Projekte gesteckt.
2. Unter dem derzeit geltenden finanzpolitischen System fehlt auf Kreisebene eine Gesamtplanung für den Finanzausgleich, so daß die Schwierigkeit besteht, den Mangel an finanziellen Mitteln für das Erziehungswesen in armen Gemeinden zu beheben. Außerdem bestehen Schwierigkeiten bei der Erhebung der Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen. Das ist der Hauptgrund dafür, daß die nicht-staatlichen Lehrer teilweise ihr Gehalt nicht rechtzeitig bekommen.
3. Für das Erziehungswesen bestimmte Gelder werden veruntreut oder für andere Zwecke verwendet.

Es ist bemerkenswert, daß inzwischen auch von offizieller Seite die lange bekannte, aber meist nicht zugegebene Tatsache bestätigt wird, daß Erziehungsgelder veruntreut oder anderweitig verwendet werden. Um dem Mißstand abzuweichen, hat die Staatliche Erziehungskommission zusammen mit dem Personal- und Finanzministerium die Regierungen und Behörden aller Gebiete angewiesen, das Problem ungezahlter Lehrergehälter zu lösen und die Gehaltszahlungen und Behandlung der Lehrerschaft zu prüfen (RMRB, GMRB, 11.1.93). Die Provinzen Heilongjiang, Liaoning, Hubei, Jiangsu, Hunan, Henan und Sichuan hatten bereits ähnliches verfügt und Maßnahmen ergriffen (s. Interview, GMRB, 11.1.93 u. GMRB, 15.1.93). Außerdem will die Regierung die örtlichen Stellen veranlassen, schärfere Untersuchungen und Kontrollen durchzuführen. -st-

*(35)

Chinesische Schrift 800 Jahre früher

Archäologen der Universität Shandong haben Anfang 1992 in dem Dorf Dinggong in der Gemeinde Yuancheng, Kreis Zouping (Shandong) eine Tonscherbe aus der Zeit der Longshan-Kultur ausgegraben, auf die Schriftzeichen eingeritzt waren. Die chinesischen Experten halten die Scherbe für eine große Entdeckung, weil die auf ihr eingeritzte Schrift 800 Jahre älter ist als die auf Schildkrötenpanzer eingeritzten Schriftzeichen, die bislang als früheste Schriftfunde galten. Der Be-

ginn der dokumentierten Geschichte der chinesischen Schrift, der bisher im 15. Jh. v. Chr. angesetzt wurde, sei damit 800 Jahre weiter zurückzulegen, also ins 23. Jh. (GMRB, 1.1.93; RMRB, 2.1.93). Den Berichten zufolge ist die gefundene Tonscherbe 4,6-7,7 cm lang, 3,2 cm breit und 0,35 cm dick. Auf ihr befinden sich 5 Zeilen mit insgesamt 11 Schriftzeichen, wobei die rechte Zeile 3 und die folgenden 4 Zeilen je 2 Schriftzeichen aufweisen. Die Fachleute beurteilen die Schriftzeichen als relativ ausgereift und eindeutig dem Stadium der Piktogramme entruht.

In der chinesischen Öffentlichkeit dürfte der Fund große Beachtung finden, ist er doch dazu angetan, das Bewußtsein der Chinesen zu stärken, eines der großen und ältesten Kulturvölker der Welt zu sein. Ob die Vordatierung der chinesischen Schrift allgemeine Gültigkeit erlangt, bleibt abzuwarten, zumal erst die Untersuchungsmethoden, die zu der neuen Datierung geführt haben, bekannt gemacht werden müßten. Erst wenn auch die internationale Fachwelt diese nachvollziehen kann, könnte die Datierung als gesichert gelten. -st-

*(36)

Größte Konfuzius-Statue in Nanjing enthüllt

In Nanjing wurde kürzlich die größte Bronzestatue von Konfuzius enthüllt, die es in China gibt. Sie ist 4,18 m hoch und wiegt 2,5 t. Aufgestellt ist sie in der Dacheng-Halle im Konfuzius-Tempel (Fuzi miao), wo in der Vergangenheit Erinnerungszeremonien für Konfuzius abgehalten wurden. Die Statue wurde von dem berühmten Bildhauer Wu Xianlin entworfen, der der Nanjinger Vereinigung der Literatur- und Kunstschaffenden angehört. Als Vorbild diente ein Konfuzius-Bild des tanzzeitlichen Malers Wu Daozi. Der Konfuzius-Tempel in Nanjing wurde 1034 erbaut. Derzeit wird er renoviert, um Touristen anzuziehen. In der Dacheng-Halle stehen außerdem 12 weiße Marmorstatuen von zwölf hervorragenden Schülern des Meisters. (XNA, 9.1.93) -st-

*(37)

Staatliches Monopol über Filmvertrieb aufgehoben

Mit Beginn des Jahres 1993 ist in China das seit Jahrzehnten bestehende staatliche Monopol über den Vertrieb

chinesischer Filme aufgehoben worden. Fortan können die Filmproduzenten ihre Spielfilme direkt an lokale Filmgesellschaften oder ins Ausland verkaufen. Mit dieser Reform sei der erste Schritt zu einem wirklichen Filmmarkt getan, heißt es. Bisher sei die chinesische Filmwirtschaft dadurch charakterisiert gewesen, daß aufgrund des staatlichen Vertriebsmonopols Produktion und Vertrieb getrennt gewesen seien und sich die Bedürfnisse des Marktes nicht in den Produkten der Produzenten widerspiegelt hätten. Es seien viele Filme verbreitet gewesen, deren Qualität nicht allzu hoch gewesen sei, und das Publikum hätte sie immer weniger gemocht. Im vergangenen Jahr seien die Mängel dieses alten Systems im Filmmarkt besonders kraß zutage getreten. Nach einhelliger Meinung der Filmkünstler sowie der Vertriebs- und Vorführabteilungen hätte die Filmwirtschaft ohne Reform nicht weiter existieren können. Deshalb habe man das Vertriebsrecht an die Filmproduzenten gegeben, um die Interessen der Produzenten mit dem Filmmarkt zu verbinden. Obwohl dies erst der erste Schritt zur Reform des gesamten Systems der Filmwirtschaft sei, so hoffe man doch, daß diese Reform dazu beitragen könne, den chinesischen Film wieder zur Blüte zu bringen. (RMRB, 14.1.93)

Vor der Reform kaufte die staatliche Filmvertriebsgesellschaft alle in China produzierten Filme einschließlich des Copyright auf und verkaufte sie im In- und Ausland. Heute hingegen können sich die Filmproduzenten direkt mit Kinos und anderen Käufern in Verbindung setzen. Sie können ihre Filme auch direkt, ohne daß der Staat sie zuerst kauft, ins Ausland exportieren. Bedingung dafür ist allerdings, daß sich die Preise innerhalb der vom Staat festgelegten Grenzen bewegen. (XNA, 15.1.93) Eine Ausnahme bei der Freigabe des Filmvertriebs bilden wissenschaftliche, künstlerische und Kinderfilme, von denen im Jahre 1993 noch 70 Prozent von der staatlichen Filmvertriebsgesellschaft vertrieben werden müssen. Dieser Anteil soll sich aber in den kommenden Jahren verringern (ebd.).

Mit der Aufhebung des staatlichen Monopols über den Filmvertrieb ist kein Verzicht auf die staatliche Filmzensur verbunden. Ausdrücklich wird betont, daß der Staat die Filmzensur beibehalten werde, und zwar sowohl

bei in China produzierten als auch bei importierten oder in Gemeinschaftsproduktion mit dem Ausland hergestellten Filmen (GMRB, 9.1.93). -st-

Außenwirtschaft

* (38) Außenhandel 1992

Auch 1992 stellt für China ein außenwirtschaftlich erfolgreiches Jahr dar. Nach vorläufigen Angaben erhöhte sich das Außenhandelsvolumen im letzten Jahr um 22% auf 165,6 Mrd. US\$. Gegenüber 1991 fiel jedoch der Handelsbilanzüberschuß deutlich niedriger aus. So exportierte China Güter im Werte von 85 Mrd. US\$, ein Anstieg um 18,3%, und importierte Waren im Werte von 80,6 Mrd. US\$, eine Erhöhung um 26,4%. Dementsprechend wies die Handelsbilanz einen Überschuß von 4,4 Mrd. US\$ aus. (XNA, 8.1.93) (Handelsbilanzüberschuß 1991: 8,12 Mrd. US\$; 1990: 8,75 Mrd. US\$) Genauere Daten über die Zusammensetzung der Warenstruktur und die regionale Aufteilung nach Abnehmer- und Lieferländern werden erst in den nächsten Monaten vorliegen.

Die Importerhöhung steht auch in einem engen Zusammenhang mit der stark gestiegenen Anzahl von Joint Venture Unternehmen, und Unternehmen in 100%igem ausländischen Kapitaleigentum in den letzten Jahren. So berichtet die CEN am 8.2.93, daß sich im letzten Jahr die Importe für Ausrüstungen und Güter der Unternehmen mit ausländischem Kapital um 70,8% gegenüber 1991 erhöht haben und sich auf rund 8 Mrd. US\$ beliefen. Das Außenhandelsvolumen dieser Unternehmen betrug 25% der gesamten chinesischen Im- und Exporte.

Der Anstieg der Importe aus Chinas Nachbarländern war besonders bemerkenswert. So erhöhten sich zwischen Januar-November 1992 die südkoreanischen Einfuhren nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen und direkter Wirtschaftskontakte mit Südkorea um 132% gegenüber 1991 (1991: 1,067 Mrd. US\$). Durch die Ausweitung des Grenzhandels mit Rußland stieg der bilaterale Außen-

handel auf 5 Mrd. US\$. und lag damit deutlich höher als der Außenhandel mit der früheren Sowjetunion. Die Importe aus Rußland nahmen um 65% zu. Die Einfuhren aus Taiwan (über Hongkong) stiegen um 55% (Volumen der Einfuhren von Jan.-Sept. 1992: 3,55 Mrd. US\$) und aus Japan um 34% (1991: 10 Mrd. US\$). Dagegen betrug der Anstieg der Importe in der genannten Periode aus Hongkong 17% (1991: 17,5 Mrd. US\$), aus den USA 12% (8 Mrd. US\$) und der EG 11%. (XNA, 8.1.93; CD, 8.1.93)

Li Lanqing, Minister für Handel und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, geht mit Blick auf den Entwicklungstrend bei den Importen im ersten zwei Jahren des 8.Fünfjahresplanes (1991-95) davon aus, daß das gesamte Importvolumen einen Wert von 300 Mrd. US\$ bis 1995 überschreiten wird. Bereits in den ersten zwei Jahren habe sich das Importvolumen auf über 140 Mrd. US\$ belaufen. Mit der weiteren Vertiefung der Reform des Außenhandelsystems würde auch der Zugang ausländischer Produkte zum chinesischen Markt weiter erleichtert werden. (XNA, 8.1.93) -schü-

* (39) Knappe Devisen und fallender RMBY

Trotz des hohen Wirtschaftswachstums, positiver Handelsbilanzsalden und Leistungsbilanzüberschüsse hat sich im letzten Jahr die Tendenz zur weiteren Abwertung der chinesischen Währung fortgesetzt.

Nach kleineren Abwertungsschritten fiel der Wert des RMBY in den letzten 13 Monaten um insgesamt 10,1%. Noch im August letzten Jahres betrug der offizielle Kurs für 1 US\$ 5,42 RMBY, fiel bis November auf 5,5406 RMBY und betrug Anfang Januar 5,75 RMBY.

Der Unterschied zum Umtauschkurs auf den Devisen-Swapmärkten hat sich in den letzten Monaten weiter erhöht; derzeit werden dort für 1 US\$ 7,70 RMBY geboten. (SCMP, 10.1.93)

Der Schwarzmarktpreis für 1 US\$ soll außerdem inzwischen bis auf 8 RMBY gestiegen sein. (SCMP, 11.1.93)

Die ausländischen Unternehmen in China stellt die Devisenknappheit und der fallende Wert des RMBY vor be-